

Protokoll

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen
Sitzungs-Nr: XVII/15 Rat
Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 24.10.2013, 19:05 Uhr bis 21:40 Uhr
Sitzungsort: Aula der Goetheschule - KGS Barsinghausen, Goethestraße 29

Anwesend sind:

Ratsmitglied

1. Bürgermeister Lahmann, Marc

Mitglieder CDU-Fraktion

2. Ratsfrau Bischoff, Lilli
3. Ratsherr Bohrßen, Bernd-Konrad ab TOP 3, 19.12 Uhr
4. Ratsherr Fabisch, Horst
5. Ratsherr Hoffmeister, Christian ab TOP 7, 19.17 Uhr
6. Ratsherr Kuban, Tilman nicht bei TOP 16 u. 17
7. Ratsherr Matthiesen, Max Dr. MdL ab TOP 8, 19.19 Uhr
8. 3. Stellv. Bürgermeister Neddermeier, Karl-Heinz
9. Ratsherr Schroth, Gerald
10. Ratsfrau Senft, Monika
11. Ratsherr Steuernagel, Marc-Oliver nicht bei TOP 16 u. 17
12. Ratsherr Zieseniß, Roland Dr.

Mitglieder SPD-Fraktion

13. Ratsherr Bienert, Sigurd
14. Ratsherr Dobelmann, Reinhard nicht bei TOP 20
15. 2. stellv. Bürgermeisterin Dürbaum-Betsch, Angelika
16. Ratsfrau Gertich, Lea Sophie
17. Ratsvorsitzender Gottschalk, Günter
18. Ratsherr Gronenberg, Bernd
19. Ratsherr Härdrich, Dirk Dr.
20. Ratsfrau Hunte-Grüne, Marlene
21. Ratsherr Messing, Peter nicht bei TOP 17
22. Ratsherr Schaper, Hartmut
23. Ratsherr Wittich, Michael
24. Ratsherr Wittschurky, Thomas

Mitglieder FDP-Fraktion

25. Ratsherr Klockow, Bernhard
26. Ratsfrau Wölki, Kerstin

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

27. Ratsherr Dogan, Abdülselem
28. 1. stellv. Bürgermeister Hartig, Andreas
29. Ratsherr Lux, Thomas
30. Ratsherr Marks, Frank
31. Ratsherr Müller, Peter ab TOP 10, 20.00 Uhr
32. Ratsherr Riemer, Hagen
33. stellv. Ratsvorsitzender Röver, Christian
34. Ratsfrau Westphal, Ulrike

Mitglieder UWG-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|--------------------|
| 35. | Ratsherr | Neugebauer, Markus |
| 36. | Ratsfrau | Runge, Eva |

Mitglieder Fraktion AfB

- | | | |
|-----|----------|--|
| 37. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr. nicht bei TOP 20 |
| 38. | Ratsfrau | Klein, Bettina nicht bei TOP 20 |

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|--------------------------------------|-----------------------|
| 39. | Verwaltungsangestellter | Becke, Matthias |
| 40. | Verwaltungsangestellter | Broocks, Björn-Rudolf |
| 41. | Verwaltungsvorstand Bau | Fischer, Tobias |
| 42. | Verwaltungsvorstand Zentrale Dienste | Hoffmann, Reinhard |
| 43. | Fachdienstleiter | Müller, Stefan |

als Gäste

- | | | |
|-----|------|-----------------|
| 44. | Herr | Totlis, Andreas |
|-----|------|-----------------|

es fehlten entschuldigt

- | | | |
|-----|----------|------------------|
| 45. | Ratsfrau | Becker, Ingeborg |
|-----|----------|------------------|

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Feststellungsbeschluss über einen Sitzverlust im Rat der Stadt Barsinghausen XVII/0407
3. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung eines neuen Ratsmitgliedes
4. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Barsinghausen
5. Genehmigung der Protokolle über die 13. und 14. Sitzung/XVII. WP des Rates am 13.06.2013 und 22.08.2013
6. Aktuelle Stunde
7. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten
8. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
- u.a. Besetzung des Beirates und der Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co. KG
9. Satzung der Stadt Barsinghausen für Bürgerbefragungen (Verfahrenssatzung) XVII/0405

10. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
XVII/0406
11. Beschluss der Jahresrechnungen und Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2009 und 2010
XVII/0385
12. Calenberger Musikschule - Fortsetzung der Zusammenarbeit
XVII/0387
13. Dritte Änderung der Straßenreinigungssatzung
XVII/0374
14. Weiterbetrieb des Lehrschwimmbeckens
- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und UWG vom 28.08.2013 -
XVII/0396
15. Papierkörbe auf dem Haldengelände
- Antrag der UWG-Fraktion vom 22.07.2013 -
XVII/0380
16. Entwidmung einer Verkehrsfläche in Bantorf
XVII/0354
17. Annahme von freiwilligen Zuwendungen
18. Mitteilungen der Verwaltung
19. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung

Herr Ratsvorsitzender Gronenberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Gronenberg bittet, folgende Angelegenheiten von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 15, Vorlage XVII/0375
Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes auf der Basis des Spielplatzkonzeptes
- Die Angelegenheit soll noch im Ausschuss für Soziales, Jugend, Feuerwehr, Sport und Kultur beraten werden -
- TOP 17, Vorlage XVII/0337
Vergabe Wegenutzungsrechte Strom
- Es besteht noch Beratungsbedarf –

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Weiter bittet Herr Gronenberg, folgende Angelegenheiten in die Tagesordnung aufzunehmen:

- Papierkörbe auf dem Haldengelände
- Antrag der UWG-Fraktion vom 22.07.2013 -
Vorlage XVII/0380 - B 02 / S 02
neuer TOP 15
- Vorlage XVII/0424 (nichtöffentlich)
neuer TOP 22.a

Nach kurzer Diskussion einigt sich der Rat darauf, dass der Antrag der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Geschäftsordnung des Rates in der Ratssitzung am 12.12.2013 behandelt wird.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 02.10.2013 geänderte Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung wird genehmigt.

2. Feststellungsbeschluss über einen Sitzverlust im Rat der Stadt Barsinghausen **Vorlage: XVII/0407**

Herr Gronenberg gibt eine Einführung in den Tagesordnungspunkt.

Nach der Beschlussfassung verabschiedet Herr Bürgermeister Lahmann den ausgeschiedenen Ratsherrn Andreas Totlis, geht auf seine kommunalpolitischen Tätigkeiten ein und überreicht eine Grubenlampe als Abschiedsgeschenk.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen stellt gemäß § 52 Abs. 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz den Sitzverlust von Herrn Andreas Totlis fest.

3. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung eines neuen Ratsmitgliedes

Herr Lahmann erklärt, dass nach dem Ausscheiden von Herrn Totlis Herr Abdülselem Dogan in den Rat der Stadt Barsinghausen nachrückt.

Herr Dogan wird von Herrn Bürgermeister Lahmann über seine Rechte und Pflichten als Ratsherr im Rat der Stadt Barsinghausen belehrt und per Handschlag verpflichtet.

4. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Barsinghausen

Es werden keine Fragen gestellt.

5. Genehmigung der Protokolle über die 13. und 14. Sitzung/XVII. WP des Rates am 13.06.2013 und 22.08.2013

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 1
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Protokolle über die 13. und 14. Sitzung/XVII. WP des Rates am 13.06.2013 und 22.08.2013 werden ohne Änderungen genehmigt.

6. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

7. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten

Herr Bürgermeister Lahmann hält den nachfolgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung am 24. September und am 22. Oktober getagt. Neben der Vorbereitung der heutigen Beschlüsse wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Dem Vertragsabschluss mit der Rapunzel-Eltern-Kinder-Gruppe e.V. wurde zugestimmt. Damit können fünf Krippenplätze angeboten werden.
- Es wurde beschlossen, dass die Stadt Barsinghausen aus dem Erbe der Frau Grobe folgende Maßnahmen unterstützt:
 - die Selbsthilfegruppe Psychatrieerfahrener und ihrer Angehörigen in Barsinghausen „Der Steg“ für die Anschaffung einer Küche in ihren Räumlichkeiten mit 5.550 EUR und
 - den Ambulanten Hospizdienst „Aufgefangen“ im evangelisch-lutherischen Kirchenkreis Ronnenberg e.V. für den Anbau eines großen Gruppenraums mit 30.000 EUR.

- Die Verwaltung wurde beauftragt, ein flexibles Konzept für eine Kinderferienbetreuung für alle Ortsteile zu erarbeiten. Das Konzept soll auch mögliche Alternativen aufzeigen.
- Die europaweite Ausschreibung „Erstellung eines Gebäudes und Betrieb einer Asylbewerberunterkunft“ wurde aufgehoben.
- Den Auftragsvergaben für Einzelgewerke für den Neubau der KITA an der Erfurter Straße und der KITA am Ohweg wurde zugestimmt.
- Der Verwaltungsausschuss hat beschlossen, für den Verkehrsbereich (Verlauf in Anlehnung an die frühere Fahrbahn) in der Fußgängerzone Marktstraße das gemischtfarbige Pflaster „modula esprit“ (hellfarbig mit anthrazitfarbenen Steinen gemischt) oder ein entsprechend vergleichbares Pflaster zu verlegen. Weiter wurde beschlossen, dass an Stelle der notwendigerweise zu fällenden Bäume in der Marktstraße folgende Ersatzpflanzungen vorgenommen werden:
 Eingänge/Zufahrten Marktstraße: rosa Zierkirsche
 Breite Straße: Blumenesche
 Solitärbäume Marktstraße: Amberbaum
- Zum Bebauungsplan Nr. 6 „Im Knickfelde“, 9. Änderung, wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst.

**8. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
 - u.a. Besetzung des Beirates und der Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co. KG**

Herr Gronenberg erläutert, dass für den Beirat der Netzgesellschaft Barsinghausen neben dem Bürgermeister weitere fünf Personen durch den Rat zu benennen sind. Drei Mitglieder können von der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN benannt werden. Von der Gruppe CDU/FDP/ÜWG können zwei Mitglieder entsandt werden.

Herr Dr. Zieseniß benennt für die CDU/FDP/ÜWG-Gruppe Ratsherrn Steuernagel und Ratsherrn Neugebauer. Herr Messing benennt für die Gruppe SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN Ratsherrn Dr. Härdrich, Ratsherrn Gronenberg und Ratsherrn Lux.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Herr Dr. Zieseniß benennt für den Betriebsausschuss des Stadtentwässerungsbetriebes Ratsherrn Schroth als stellvertretendes Mitglied.

Herr Messing benennt für den Betriebsausschuss des Stadtentwässerungsbetriebes Barsinghausen Ratsherrn Gottschalk und Ratsherrn Lux als Mitglied und Ratsfrau Dürbaum-Betsch als stellvertretendes Mitglied.

Frau Westphal bittet, anstelle von Herrn Totlis Ratsherrn Dogan in folgende Ausschüsse/Gremien zu berufen:

- Ausschuss für Soziales, Jugend, Feuerwehr, Sport und Kultur: stellvertretendes Mitglied
- Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt: Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude: stellvertretendes Mitglied
- Gesellschafterversammlung der Stadtwerke: Mitglied
- Gesellschafterversammlung der SGB: Mitglied
- Verbandsversammlung VHS Calenberger Land: stellvertretendes Mitglied

Weiter bittet Frau Westphal, anstelle von Herrn Dogan Herrn Steffen Freitag als beratendes nichtstimmberechtigtes Mitglied in den Ausschuss für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung zu berufen.

Auch hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

- siehe oben -

9. Satzung der Stadt Barsinghausen für Bürgerbefragungen (Verfahrenssatzung) Vorlage: XVII/0405

Herr Lahmann stellt die Inhalte der Vorlage dar.

Frau Dr. Beckmann erläutert den Änderungsantrag ihrer Fraktion, wonach das Abstimmungsgebiet für die Bürgerbefragung das gesamte Stadtgebiet oder auch ein Teil davon sein kann. Sie sagt, dass das Nds. Kommunalverfassungsgesetz die Befragung nur für das gesamte Stadtgebiet vorsieht. Sie weist darauf hin, dass es aber auch Satzungen von Kommunen gibt, die eine Befragung von Teilen der Kommune vorsehen. Sie bittet um Diskussion im Rat, da es ihr wichtig ist, dass es die Möglichkeit gibt, dass nur Teile der Stadt befragt werden können, da es Ortsteile gibt, die ihre eigenen Angelegenheiten regeln sollten, sofern keine haushaltswirksamen Auswirkungen auf andere Ortsteile gegeben sind.

Herr Klockow spricht sich grundsätzlich für Bürgerbefragungen aus, weist aber darauf hin, dass diese keine Verbindlichkeit für den Rat haben. Die Idee, dass nur Teile der Stadt zu bestimmten Angelegenheiten befragt werden, wird von ihm begrüßt und er regt an, dass in § 3 der Satzung der Begriff „Einwohnerbefragung“, die dann ortsteilbezogen durchgeführt werden kann, aufgenommen wird. Dieses würde auch eine leichtere Handhabung einer Befragung ermöglichen.

Herr Dr. Härdrich erachtet das Instrument der Bürgerbefragung als sinnvoll, wenn es für Fragen eingesetzt wird, die von herausgehobener Bedeutung sind und das gesamte Stadtgebiet betreffen. Er sagt, dass es schwierig sein dürfte, Personen zur Beteiligung zu bewegen, die nicht unmittelbar betroffen sind, wenn es sich z.B. nicht um ihren Ortsteil handelt. Dadurch kann es zu verzerrten Ergebnissen kommen. Er spricht sich für die Beschlussempfehlung der Verwaltung aus und merkt an, dass der Rat zwar nicht rechtlich an ein Ergebnis einer Bürgerbefragung gebunden ist, sondern eher eine moralische Verpflichtung entsteht. Herr Dr. Härdrich geht weiter auf die Befragung des gesamten Stadtgebietes ein und macht deutlich, dass er es als schwierig erachtet, eine Eingrenzung auf Stadt bzw. Ortsteile vorzunehmen. Er appelliert, die Befragungen in der Satzung für das gesamte Stadtgebiet vorzusehen und Befragungen, die nicht als Bürgerbefragungen durchgeführt werden, öfter in Erwägung zu ziehen. Abschließend sagt er, dass er sich eine längere Beratungszeit gewünscht hätte.

Auch Herr Schroth spricht sich für die Satzung aus. Er sagt, dass die Anregungen von Frau Dr. Beckmann und Herrn Klockow aufgegriffen werden sollte. Bei haushaltsrelevanten The-

men sollte das gesamte Stadtgebiet befragt werden, jedoch bei Themen, die nur einen Ortsteil berühren, sollte eine Befragung nur dieses Ortsteils möglich sein. Auch eine Einwohnerbefragung sollte berücksichtigt werden, damit flexibel eine Befragung durchgeführt werden kann.

Herr Gottschalk sagt, dass eine Einwohnerbefragung berücksichtigt werden soll, weist aber darauf hin, dass Bürgerversammlungen durchgeführt werden können, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ihren Willen äußern können.

Herr Kuban macht deutlich, dass die Bürgerbeteiligung erforderlich ist. Er merkt an, dass eine Bürgerbefragung keine rechtliche Bedeutung für den Rat hat und ggf. ein Bürgerentscheid durchgeführt werden kann, der dann einer Ratsentscheidung gleichgestellt wäre.

Frau Westphal spricht sich ebenfalls für die Bürgerbefragung aus. Sie erachtet es allerdings nicht als sinnvoll, dass die Einwohnerbefragung in die Satzung aufgenommen wird. Da die Satzung rechtskonform sein soll, sollte der Beschluss in der vorgelegten Fassung erfolgen.

Herr Klockow sagt, dass die Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligt werden sollen und beantragt folgende Änderung:

§ 3 (Teilnahmeberechtigung) wird um folgenden Satz ergänzt:
Einwohnerbefragungen in einen oder mehreren Stadt- bzw. Ortsteilen erfolgen auf Beschluss des Rates in einem vereinfachten Verfahren.

Er sagt, dass ggf. die Angelegenheit vertagt und erneut beraten werden sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Messing führt Herr Lahmann aus, dass der Änderungsantrag von ihm nicht für notwendig erachtet wird, da mit dem Passus geregelt wird, dass der Rat etwas beschließen kann, was er ohnehin vornehmen kann, auch ohne diese Regelung.

Frau Dr. Beckmann sagt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit eingeräumt bekommen sollen, dass sie im Rahmen einer Einwohnerbefragung ihre Meinung äußern können. Sie appelliert daher, eine entsprechende Regelung zu beschließen. Der Änderungsantrag wird daher unterstützt. Auch eine Vertagung wird unterstützt, wenn die Diskussion zu einer Verständigung für Einwohnerbefragungen beiträgt.

Herr Fabisch sieht die Gefahr, da der Rat nicht an das Votum der Bürgerinnen und Bürger gebunden ist und wichtige Themen nicht befragt werden dürfen, dass die Beteiligung nur sehr gering ist. Die Verdrossenheit würde damit gefördert, so Herr Fabisch abschließend.

Herr Dr. Härdrich spricht sich gegen eine Vertagung aus, da die Satzung ggf. nach politischen Diskussionen und rechtlichen Prüfungen geändert werden kann.

Frau Westphal findet die Bürgerbefragung gem. § 35 Nds. Kommunalverfassungsgesetz eine gute Regelung. Eine Bürgerbefragung ist sehr kostenintensiv und sollte daher nicht inflationär eingesetzt werden. Sie begrüßt die Durchführung von Einwohnerbefragungen, da sie unerschwerlich zu Bürgerbefragungen zu sehen sind. Sie erinnert an die gute Bürgerbeteiligung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und an die Möglichkeiten, die das Internet bietet. Diese Maßnahmen können auch ohne eine Satzung durchgeführt werden.

Herr Schroth spricht sich für die Vertagung der Angelegenheit aus.

Herr Messing sagt, dass die Satzung beschlossen werden kann.

Herr Klockow stellt den Antrag, die Angelegenheit zu vertagen, damit eine weitere Beratung erfolgen kann und damit ein Instrument, dass flexibler durchgeführt werden kann, in die Satzung aufgenommen wird.

Wenn der Antrag auf Vertagung abgelehnt wird, hält er seinen zuvor gestellten Änderungsantrag aufrecht.

Herr Hartig gibt zu Protokoll, dass es nicht standesgemäß ist, dass ein Ratsherr aufgrund einer Aussage eines Ratskollegen gegenüber dieses Ratskollegen den „Scheibenwischer“ macht.

Herr Gronenberg stellt die Anträge zur Abstimmung.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 17 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:
Die Angelegenheit wird vertagt.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 16 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung

Beschlussdarstellung:
§ 3 (Teilnahmeberechtigung) wird um folgenden Satz ergänzt:
Einwohnerbefragungen in einen oder mehreren Stadt- bzw. Ortsteilen erfolgen auf Beschluss des Rates in einem vereinfachten Verfahren.

Herr Gronenberg stellt die Beschlussempfehlung der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 2
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die der Sitzungsvorlage beigefügte Satzung über Bürgerbefragungen nach § 35 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird beschlossen.

10. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 Vorlage: XVII/0406

Herr Lahmann hält die in der Anlage beigefügte Rede zur Haushaltseinbringung (Anlage 1) und erläutert die Haushaltszahlen mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2).

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2014 werden zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

11. Beschluss der Jahresrechnungen und Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2009 und 2010
Vorlage: XVII/0385

Herr Steuernagel führt in die Angelegenheit ein.

Auf Nachfrage von Herrn Schaper, um welche Firma es sich auf Seite 21 des Berichtes (Rathaus I - Wärmedämmverbundsystem) handelt, erläutert Herr John, dass aus rechtlichen Gründen hierzu keine Angabe gemacht werden kann.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Jahresrechnungen für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 werden beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 die Entlastung erteilt.

12. Calenberger Musikschule - Fortsetzung der Zusammenarbeit
Vorlage: XVII/0387

Herr Dr. Matthiesen stellt die Inhalte der Vorlage dar.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der dieser Beschlussempfehlung als Anlage beigefügten Vereinbarung zwischen den Städten Barsinghausen, Gehrden, Ronnenberg und der Gemeinde Wennigsen einerseits und der Calenberger Musikschule e.V. andererseits wird zugestimmt.

13. Dritte Änderung der Straßenreinigungssatzung
Vorlage: XVII/0374

Herr Gronenberg weist auf die geänderten Anlagen der Vorlage hin.

Herr Dobelmann gibt die Einführung in den Tagesordnungspunkt.

Herr Dr. Zieseniß merkt kritisch an, dass bereits sehr viele Änderungen seit der Beschlussfassung der Satzung am 10.11.2011 erforderlich waren. Dieses zeigt seines Erachtens, wie unsinnig die Aufnahme aller Straßen war. Er stellt den nachfolgenden Änderungsantrag.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 14 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:
Der Rat beschließt die 3. Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses zu § 2 Nr. 2, den Winterdienst wieder auf den verkehrstechnisch notwendigen oder von den Anwohnerinnen und Anwohner gewünschten Straßen zu reduzieren - auf den Stand vom 10.11.2011.

Herr Gronenberg stellt die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 13
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat beschließt die Dritte Änderungssatzung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Barsinghausen (Straßenreinigungssatzung).

14. Weiterbetrieb des Lehrschwimmbekens
- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und UWG vom 28.08.2013 -
Vorlage: XVII/0396

Herr Klockow erläutert den Änderungsantrag und weist auf die geänderte Beschlussempfehlung hin (nachfolgend beschlossen).

Herr Gronenberg stellt die Öffentlichkeit her.

Herr Wolfgang Meier spricht an, dass das Deisterbad erheblich überbelegt ist, wenn die Nutzer des Lehrschwimmbekens in das Deisterbad ausweichen. Er fragt, wie damit umgegangen wird.

Herr Hoffmann sagt, dass dieses im „Gesamtpaket“ zu betrachten sein wird, um dann weiter darüber beraten zu können.

Herr Wolfgang Meier geht auf die fünf Fragen ein, die im Antrag aufgelistet sind. Er bittet, die Überlegungen der Verwaltung darzustellen.

Herr Hoffmann führt aus, dass die laufenden Betriebskosten (Energie und Reinigung) bei ca. 40.000 EUR/Jahr liegen. Diese Kosten entstehen durch den Bäderbetrieb. Dementsprechend entfallen diese Kosten, wenn der Bäderbetrieb nicht mehr vorhanden ist. Weiter macht er deutlich, dass im Jahr 2009 der Rat beschlossen hat, dass Mittel i.H.v. 150.000 EUR zur Verfügung gestellt werden, mit der ausdrücklichen Aussage, dass eine Teilsanierung durchgeführt wird, um für die nächsten fünf Jahre das Lehrschwimmbecken betriebsbereit zu halten. Wenn das Becken perspektivisch erhalten werden soll, ist darüber zu diskutieren, wie hoch die Investitionen für das Lehrschwimmbecken liegen sollen. In einem Gutachten aus dem Jahr 2009 ist hierzu eine Summe von 1,0 Mio. EUR aufgeführt.

Herr Kuban bittet die Verwaltung, dass die Leerstands- und Transportkosten usw. aufgelistet werden.

Herr Hoffmann entgegnet, dass dieses nach Beschlussfassung des Prüfauftrages aufgearbeitet und im Fachausschuss dargestellt wird.

Herr Schroth sagt, dass im Rahmen der Möglichkeiten nach Lösungen für das Lehrschwimmbecken gesucht werden soll, daher wurde der Prüfauftrag formuliert.

Frau Dr. Beckmann stellt ausführlich dar, dass es keine isolierte Betrachtung des Lehrschwimmbekens geben darf. Sie merkt an, dass nicht genügend Platz im Deisterbad gegeben ist, um die Nutzer des Lehrschwimmbekens aufzunehmen. Sie erachtet daher ein Gesamtkonzept als wichtig, auch vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2016 der HSK-Beschluss 170 umzusetzen ist (veränderte Veranschlagung für die Kapitalrücklage der Stadtwerke Barsinghausen GmbH) und Mittel i.H.v. 367.000 EUR gestrichen werden, mit denen das Deisterbad finanziert wird. Bei einer isolierten Betrachtung kann keine Zustimmung zum Antrag erfolgen.

Herr Wolfgang Meier erachtet es als wichtig, dass die Schulen berücksichtigt werden.

Es schließt sich eine weitere kurze Diskussion an.

Herr Gronenberg stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 2

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit Änderung

Mit den beiden Schwimmsport treibenden Barsinghäuser Sportvereinen sind Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, den Weiterbetrieb des Lehrschwimmbekens an der AGS über den 1. Januar 2015 sicherzustellen, ohne dabei die Ziele des Haushaltssicherungskonzeptes zu gefährden.

**15. Papierkörbe auf dem Haldengelände
- Antrag der UWG-Fraktion vom 22.07.2013 -
Vorlage: XVII/0380**

Herr Neugebauer erläutert den Antrag.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 22 Stimmenthaltungen: 1
Beratungsergebnis: abgelehnt

Es werden drei größere Papierkörbe mit wöchentlicher Leerung auf dem Haldengelände montiert.

16. Entwidmung einer Verkehrsfläche in Bantorf
Vorlage: XVII/0354

Herr Schaper erläutert die Inhalte der Vorlage.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Gemäß § 8 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStG) in der derzeit geltenden Fassung werden Teile der nachfolgend aufgeführten Verkehrsfläche drei Monate nach Veröffentlichung der Einziehung entwidmet. Für die Stadt endet die Trägerschaft der Straßenbaulast mit der Entwidmung.

Eine Teilfläche der Straße Luttringhäuser Weg, Gemarkung Bantorf, Flur 4, Flurstück 108/9 (Anlage 1 zur Vorlage).

17. Annahme von freiwilligen Zuwendungen

Herr Lahmann weist auf die eingegangenen Spenden hin.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die in der Anlage 3 aufgeführten Spenden werden angenommen.

18. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Lahmann teilt mit, dass gegen die Straßenreinigungssatzung Normenkontrolle beim Oberverwaltungsgericht eingereicht wurde.

Herr Lux fragt, welche Einwände geltend gemacht wurden.

Herr Lahmann antwortet, dass u.a. angeführt wurde, dass sich die Satzung auf eine aufgehobene Satzung bezieht und dieses nicht für rechtmäßig erachtet wird.

19. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Gottschalk fragt, ob die Antwort auf seine Anfragen vom 08.09.2013 zum Straßenbelag in der Leibnizstraße / Buchenweg an den gesamten Rat verschickt wurde. Die Mitglieder des Rates bejahen dieses.
Herr Gottschalk zitiert einen Fachmann, wonach der Belag nicht richtig gewählt wurde. Herr Lahmann entgegnet, dass der Belag richtig gewählt wurde.
Herr Gronenberg regt an, dieses Thema im Fachausschuss zu beraten.
2. Frau Wölki bemängelt, dass der Brunnen am Deisterplatz mit Erde verfüllt wurde und dort nun Unkraut wächst. Sie fragt, wann die Fläche bepflanzt wird, da diese unschön aussieht.
Herr Fischer antwortet, dass die Bepflanzung vorgesehen ist.
3. Herr Wittich sagt, dass er positiv zur Kenntnis genommen hat, dass in der Ellernstraße Bordsteinabsenkungen vorgenommen wurden. Er regt an, dieses auch im Bereich Einmündung Rotdornweg vorzunehmen.
Herr Fischer greift die Anregung auf.
4. Herr Riemer fragt nach dem Sachstand zur Ansiedlung der Fa. Laverana, da Steuermittel geflossen sind.
Herr Lahmann sagt, dass keine Steuermittel geflossen sind und nur unter bestimmten Voraussetzungen die Investitionsförderung fließt, die noch nicht eingetreten sind. Er geht davon aus, dass diese erst im Jahr 2015 vorliegen werden. Das Ansiedlungsvorhaben ist auf einem guten Weg, erläutert Herr Lahmann.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 21:40 Uhr von Herrn Gronenberg geschlossen.

Gronenberg
Ratsvorsitzender

Lahmann
Bürgermeister

Becke
Protokollführer